



Gemeindewahlen Stadt Bern, Legislatur 2005-2008

## Wahlplattform „Grünes Bündnis und GewerkschafterInnen“

### Grün bewegt!

Bern bewegt sich. Nach jahrelangem Ringen hat die Stadtbevölkerung den Bundesplatz zurückerobert. Statt Autokarossen tummeln sich jetzt Kinder, und SpaziergängerInnen freuen sich über den neuen Freiraum. Bern hat Offenheit gezeigt, indem die Stimmbevölkerung ein neues vereinfachtes Einbürgerungsverfahren eingeführt hat. In den Quartieren spriessen neue Begegnungszonen aus dem Asphalt. Bern ist Vorreiterin in Sachen Kinderbetreuungsangebote. Auch im Kulturbereich entsteht Neues. Die Mitwirkung der Quartiere, aber auch von Jugendlichen und Kindern wird gefördert. Bern investiert in seine Zukunft. Dies ist möglich, weil die langjährige Finanzdirektorin Therese Frösch die Finanzen nach jahrelangen Defiziten wieder ins Gleichgewicht gebracht hat.

Die Politik des Grünen Bündnis zeigt konkrete Früchte: Durch die Fachstelle Fuss- und Velo wird die umweltfreundliche Mobilität gefördert. Dank Mehrweggeschirr an Grossanlässen wird der Abfallberg verringert. Schon bald darf die Bevölkerung an vier Sonntagen eine autofreie Stadt und damit neue Lebensqualität entdecken. Das unökologische Olympiaprojekt wurde verhindert. Mit einer Kultur-Legi sollen alle Kulturinteressierten unabhängig vom Portemonnaie Zugang zu Kulturangeboten erhalten. Kinder werden während den Schulferien in Ferieninseln betreut und können neue Spielangebote (u.a. Lorraine, Untermatt und Holligen) erobern. Bei häuslicher Gewalt wird interveniert und betroffenen Frauen Schutz geboten. Gleichstellungstram und „Moditag“ sensibilisieren für Geschlechterfragen. Der Integrationspreis zeichnet fortschrittliche Integrations-Projekte aus.

Die Ampel auf Grün stellt das Grüne Bündnis bei der umweltverträglichen Mobilität und für mehr Wohn- und Lebensqualität im Quartier. Hier wollen wir die Weichen neu stellen. Zu oft wird auf Morgen vertröstet und für jede konkrete Verbesserung muss (zu) lange gewartet werden. So bei der Umsetzung der beschlossenen verkehrberuhigenden Massnahmen im Länggassquartier oder bei der Schaffung neuer autofreier Quartierplätze (Piazza-Motion). Hier fordert das Grüne Bündnis volle Fahrt für mehr Lebensraum statt Abendstaus.

Grün bewegt. Darum fordert das GB, dass alle BewohnerInnen Zugang zu Bildung, Arbeit, zahlbarem Wohnraum und öffentlichem Leben haben. Bern soll eine offene und soziale Stadt sein. Das Grüne Bündnis verteidigt konsequent einen guten Service public, soziale Sicherheit und eine vielfältige Kultur gegen die Angriffe von reich und rechts. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt der Be-

wohnerInnen von Bern ist eine Chance. Das Grüne Bündnis wehrt sich gegen jede Art von Ausgrenzung oder Wegweisung. Aktive Integration und Toleranz ermöglichen ein friedliches Zusammenleben.

Das Grüne Bündnis denkt voraus und sucht dennoch das Machbare zu realisieren. Das GB interveniert und sucht die Diskussion. Das GB formuliert zukunftsweisende Projekte und schmiedet dafür Bündnisse. Das Grüne Bündnis vernetzt Bewegungen und NGOs aus den Bereichen Umwelt, Frauen, Gewerkschaften etc. mit der Parlamentsarbeit. Das Grüne Bündnis hat die Stadt Bern in den letzten Jahren zusammen mit Therese Frösch nachhaltig bewegt und will dies auch weiterhin tun, zusammen mit einer ökologischen und sozialen RGM-Mehrheit im Parlament und im Gemeinderat mit unserer Gemeinderatskandidatin Regula Rytz. Als Grüne wollen wir die Stadt Bern bewegen. Darum möchten wir unsere sechsköpfige GB-Delegation auf acht Köpfe und noch mehr Hände ausbauen. Frauenförderung ist beim GB kein Lippenbekenntnis. Frauen spielen in der Politik in der ersten Reihe: So ist das GB durch fünf Frauen und einen Mann vertreten, und auch auf der Stadtratsliste hat das GB mit 67.5 Prozent den höchsten Frauenanteil. Damit sich das Debakel der Bundesratswahl vom letzten Dezember in der Stadt Bern im Gemeinderat und im Stadtrat nicht wiederholt, ist Frauenwahl angesagt.

Die Liste „Grünes Bündnis und GewerkschafterInnen“ wird vom Gewerkschaftsbund der Stadt Bern unterstützt. Wir werden uns in der nächsten Legislatur für die nachfolgende Plattform und deren Ziele einsetzen. Bern bewegt!

#### Schwerpunkte-Kapitel:

1. Verkehr und Mobilität: Quartiere zum Leben – Verkehrsberuhigung jetzt!
2. Service public und soziale Sicherheit: Gute Dienstleistungen sichern.
3. Wohnen und Stadtentwicklung: Schöner Wohnen ist nachhaltig Wohnen
4. Kulturpolitik: Horizonte erweitern
5. Bildungspolitik: In die Zukunft investieren.
6. Freiheit und Gleichheit: Grundrechte wahren und Integration fördern
7. Finanz- und Agglomerationspolitik: Stabile und Soziale Finanzen sichern – regional zusammenarbeiten

## Verkehr und Mobilität:

### **Quartiere zum Leben – Verkehrsberuhigung jetzt!**

Im Jahr 2003 lebten in der Stadt Bern 127'561 Personen. Damit ist die Bevölkerung in den letzten 13 Jahren um knapp 6'000 Personen gesunken. Im gleichen Zeitraum hat die Zahl der Personen, die täglich zur Arbeit nach Bern pendeln, um 15,3% zugenommen (2003: 94'366). Der Verlust der Wohnbevölkerung und der Anstieg an PendlerInnen haben eine höhere Mobilität zur Folge. Die täglich zurückgelegten Distanzen nehmen zu, und leider allzu häufig werden als Verkehrsmittel für diese Strecken Auto oder Motorrad gewählt.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist hauptverantwortlich für die unzähligen Überschreitungen des Ozon-Grenzwerts. Die Folgen sind lungengängiger Feinstaub, Lärmemissionen, hoher Platzverbrauch für Strassen und Parkflächen und ein Sicherheitsrisiko für andere VerkehrsteilnehmerInnen, die zu Fuss, auf Rollerblades oder mit dem Velo unterwegs sind. Hier muss eine deutliche Verlagerung für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs und den Langsamverkehrs stattfinden.

In den meisten Quartieren der Stadt Bern ist das Leben noch immer auf das private Auto ausgerichtet. Parkierten Autos steht mehr Raum zur Verfügung als den FussgängerInnen beidseitig der Strasse. Quartierplätze sind von Strassen und Fussgängerstreifen dominiert, statt von verkehrsfreien Zonen, die Begegnungsorte für die Quartierbevölkerung sein könnten. Nach dem Erfolg des autofreien Bundesplatzes soll auch die Bevölkerung in den Quartieren autofreie Plätze erhalten. Zudem gilt neben vielen Schulen und Kindertagesstätten immer noch Tempo 50 statt Tempo 30. Das muss sich ändern.

Das Grüne Bündnis setzt sich mit einer konsequent grünen und sozialen Politik für lebenswerte Wohnquartiere, verkehrsarme Begegnungszonen und will auch einen Beitrag für ein intaktes Klima beitragen. Mit kreativen Aktionen, thematischen Veranstaltungen (Klimatagung) und Petitionen interveniert das GB, klärt auf und zeigt lokale, politische Handlungsmöglichkeiten auf.

#### **Unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:**

1. Konsequente Prioritätensetzung bei den Budgetplanungen zugunsten des Langsamverkehrs.
2. Verkehrsberuhigende Massnahmen in allen Stadtteilen, insbesondere auch im Länggassquartier, unabhängig vom Bau des Neufeldtunnels.
3. Konsequente Einhaltung/Tempo 30 auf dem Übergangsnetz der Stadt Bern, insbesondere auf Strassen entlang von Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten und Spielplätzen.
4. Spürbare Verlängerung der Grünphasen bei wichtigen Fussgängerquerungen. Die Schulwege für Kinder werden sicherer.
5. Durchgehende, sichere und direkte Verbindungen für den Veloverkehr auf dem Hauptstrassennetz, insbesondere vom Breitenrainquartier über Bollwerk und Bahnhof bis CityWest sowie genügend und kostenlose Abstellplätze für Velos rund um den Bahnhof Bern.
6. Mindestens vier autofreie Tage pro Jahr auf dem Gemeindegebiet der Stadt Bern
7. Mindestens ein autofreier Platz pro Quartier als Ort der Begegnung für die Bevölkerung (Umsetzung Piazza-Motion).
8. Förderung von autofreien und autoarmen Wohnprojekten durch die Stadt sowie Aufwertung von Wohnquartieren durch zusätzliche Begegnungszonen.
9. Verbindliche kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Reduktion von Ozon und anderen Luftschadstoffen.
10. Kontrollen und konsequentes Vorgehen gegen RaserInnen und falschparkierende AutomobilistInnen.
11. Keine unbewirtschafteten Parkplätze, insbesondere keine Gratisparkplätze bei Einkaufszentren.
12. Gezielter Ausbau der öV-Kapazitäten; Förderung alternativer Fahrzeuge (Elektroautos etc.)
13. Keine millionenschwere Fehlinvestitionen in überrissene Strassenprojekte wie Wankdorfkreuzung, neuer Autobahnring etc.
14. Anreizsysteme für umweltfreundlichen PendlerInnenverkehr: betriebliches Mobilitätsmanagement, sozialverträgliches Roadpricing.

## Service public und soziale Sicherheit: **Gute Dienstleistungen sichern**

Die Privatisierungseuphorie ist gebrochen. Höhepunkt des Widerstands gegen Privatisierungen öffentlicher Aufgaben war das Nein gegen das nationale Elektrizitätsmarktgesetz. Die negativen Folgen von Privatisierungen zeigen sich in Stromausfällen in mehreren Ländern oder maroden Eisenbahnen in England. Der Mechanismus ist einfach: Private wollen Profite machen. Dafür wird auf Kosten der Angestellten gespart und der Unterhalt vernachlässigt. Folge: Die Versorgungssicherheit und die Qualität sind nicht mehr gewährleistet. Das Grüne Bündnis verteidigt einen hohen Standard beim Service public. Die öffentliche Hand muss im Interesse der BürgerInnen die politische Kontrolle über die Grundversorgung mit Wasser, Strom und Gas haben, denn nur so kann die Versorgungssicherheit zu gerechten Preisen gewährleistet sein. In der Stadt Bern konnte die Auslagerung der Städtischen Werke ewb nicht verhindert werden. Mindestens konnten gewisse Kontrollmöglichkeiten und Absicherungen für das Personal verankert werden. Inzwischen hat die Stadt aber ein generelles Auslagerungsmoratorium beschlossen. Bis auf weiteres werden keine Teile der Stadtverwaltung mehr ausgelagert oder privatisiert. Zum Glück wurde der Bereich Bildung und Beschäftigung nicht wie gefordert ausgelagert. Mit dem neuen Kompetenzzentrum Arbeit kann die Stadt gezielt Weiterbildungs- und Beschäftigungsangebote für Erwerbslose, anbieten. Der Handlungsbedarf, besonders für junge Erwerbslose ist nach wie vor gross.

Die Stadt Bern ist eine grosse soziale und fortschrittliche Arbeitgeberin. Insbesondere fördert sie aktiv die Gleichstellung von Frau und Mann und bietet familienverträgliche Anstellungsbedingungen an. Ein Vergleich zeigt: Bern gehört zu den fortschrittlichsten Arbeitgeberinnen für Eltern. Wenn die Stadt private Trägerschaften subventioniert, müssen auch dort vergleichbare Arbeitsbedingungen wie in der Stadt gelten. Dies ist im neuen Übertragungsreglement so vorgeschrieben. Von der Stadt subventionierte Trägerschaften müssen für ihre Angestellten Arbeitsbedingungen gewährleisten, die mit den städtischen vergleichbar sind. Dafür müssen die Trägerschaften, auch im Sozial- und Kulturbereich, mit den Gewerkschaften Gesamtarbeitsverträge aushandeln. Wenn städtische Finanzmittel an subventionierte Trägerschaften fließen, darf es künftig keine Unterschiede mehr zwischen Erst- oder Zweitklass-Angestellten mehr geben. Hier hat das GB einen konkreten Erfolg für ArbeitnehmerInnen im Sozialbereich mit einem hohen Frauenanteil erreicht.

Kernstädte wie Bern sind mit grossen sozialen Herausforderungen konfrontiert. Bund und Kanton drücken Sparprogramme durch und bauen Leistungen ab. Die Folgekosten werden den Städten überwältigt. So im Bereich der Arbeitslosenversicherung, wo die Stadt für die früher ausgesteuerten Erwerbslosen sorgen muss.

Steigende Krankenkassenprämien, Tieflöhne (working poor) und ungenügende Kinderzulagen bringen viele Familien auch in Bern in finanzielle Bedrängnis. Die Zahlen von armutsbetroffenen Familien, besonders Alleinerziehende, sind alarmierend. Die Stadt ist mit den Folgen einer fehlenden sozialen Familienförderungs politik auf nationaler Ebene konfrontiert und muss diese Lücken stopfen. Unter Druck ist die Stadt auch bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, wo der Kanton die Pionierinnenrolle der Stadt bremsen will, indem er diese Angebote nicht mehr über den Lastenausgleich unterstützen will. Hier muss die Stadt für ihre Interessen kämpfen. Denn die Nachfrage nach familienergänzender Kinderbetreuung ist weiterhin gross: 670 Vorschulkinder und 165 Schulkinder warten mit ihren Eltern auf ein Betreuungsangebot. Besonders für Kleinkinder unter 3 Jahre ist die Situation schlecht. Daher muss der Ausbau vorangehen, bis die Warteliste abgebaut ist.

### **Unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:**

1. Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung unter Gewährleistung der Qualität.
2. Bei Erwerbslosigkeit braucht es aktive Massnahmen zur Weiterbildung und Wiederintegration. Dabei braucht es zusätzliche Projekte für junge Menschen
3. In allen Quartieren braucht es Poststellen, die ohne Auto und auch für ältere Menschen gut erreichbar sind.
4. Das Auslagerungsmoratorium bleibt in Kraft. Je nach Erfahrungen mit den ausgelagerten Betrieben sind auch Reintegrationen kein Tabu.
5. Bei den ausgelagerten Betrieben wie ewb, STABE (Stadtbauten) und Bernmobil muss die Stadt ihren Einfluss geltend machen. Die demokratische Kontrolle muss gewährleistet sein. Insbesondere müssen massive Erhöhungen bei den Kaderlöhnen verhindert werden.

6. Die Existenzsicherung muss in der Sozialhilfe gewährleistet bleiben. Bern wehrt sich gegen Verschlechterungen der Sozialleistungen.
7. Die Stadt Bern ist und bleibt eine vorbildliche und soziale Arbeitgeberin. Insbesondere bei der Umstrukturierung (Regierungsreform 5 statt 7) ist auf das Personal Rücksicht zu nehmen. Die Volksinitiative „200'000 Fr. sind genug“ ist so umzusetzen, dass kein Lohndruck für das städtische Personal stattfindet.
8. Die Stadt setzt sich mit aktiven Massnahmen für die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter ein. Sie gewährleistet, dass „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ auch tatsächlich umgesetzt wird, wo sie dies beeinflussen kann (in der Stadtverwaltung, bei der Submission, in den ausgelagerten Betrieben). Sie ergreift aktive Förderungsmassnahmen in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft.
9. Die Gleichstellung der Partnerschaften von Homosexuellen und Konkubinatspaaren in der städtischen Pensionskasse wird rasch umgesetzt.
10. Ein funktionstüchtiges Netzwerk für Gesundheitsvorsorge und ambulante Pflege (SPITEX) für ältere Menschen ist gewährleistet.
11. Die neue Stadtverwaltung Bern NSB soll kritisch evaluiert, Aufwand und politischer Ertrag überprüft werden.
12. Bern schaut über die Grenzen hinaus und ist als Fair-Trade-City aktiv. Internationale Entwicklungen im Rahmen von weltweiten Handels- und Wirtschaftsabkommen GATTs und WTO werden kritisch auf kommunale Auswirkungen verfolgt.

## Wohnen und Stadtentwicklung: **Schöner Wohnen ist nachhaltig Wohnen**

Für das Grüne Bündnis gehört Wohnen zu den zentralen politischen Themen der nächsten Jahre in der Stadt Bern. In Bern wird auch im Vergleich zu anderen städtischen Agglomerationen zu viel gearbeitet und zu wenig gewohnt. Insbesondere bei Mehrzimmer- und Familienwohnungen besteht ein akuter Mangel. Als Grüne haben wir die Verpflichtung, mit der knapp vorhandenen Ressource Boden in der Stadt Bern sorgsam umzugehen und zusätzliche Belastungen der Umwelt und des Menschen zum Beispiel durch Verkehr und Lärm beim Bau und der Nutzung zu minimieren. Eine regionale Sichtweise ist für eine gesunde Stadtentwicklung unerlässlich. Dazu gehört die Verkehrsplanung und die Koordination von kulturellen und sozialen Angeboten und Dienstleistungen auch in der Wohnraumplanung. Das Grüne Bündnis ist keine Verhindererin von neuen Bauprojekten. Für das GB ist das Ja zu jeder Neuüberbauung abhängig von deren Qualität. Die Projekte werden an einer Reihe von Kriterien gemessen, welche den Grundsatz des Nachhaltigkeit erfüllen.

Folgende Kriterien der Nachhaltigkeit sind im wesentlichen zu erfüllen:

- Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus und Förderung familienfreundlicher Projekte.
- Mitsprache der BewohnerInnen bei Sanierungen (bei städtischen Wohnungen).
- Bevorzugung genossenschaftlicher, nicht gewinnorientierter BauherrInnen.
- Landabgabe im Baurecht, Einbettung der Projekte in das bestehende Quartier.
- soziale und nutzungsbezogene Durchmischung.
- Berücksichtigung bauökologischer Grundsätze (Minergie-Standard, Verwendung baubiologischer Materialien, erneuerbare Energien wie Geothermie und Fernwärme, Umgang mit Wasser: Versickerung/Retention).
- autofreies/-armes Wohnen und Parkplatzbeschränkungen.
- Gestaltung des Wohnumfeldes (naturnah, halböffentlich zugänglich, Lärmschutzmassnahmen realisieren, Verkehrsberuhigung in den Quartieren gemäss Planung in der Länggasse, verkehrsfreie Plätze/Piazza-Motion).

### **Unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:**

1. Das GB stellt sich beim jetzigen Kenntnisstand der Projekte grundsätzlich hinter die hängigen städtischen Wohnbauprojekte. Der Nachweis nachhaltigen Wohnbaus (siehe oben) muss aber in den Überbauungsordnungen erst noch erbracht werden.
2. Auf der städtischen Parzelle Viererfeld Süd wird eine Planung für eine autofreie Überbauung vorgelegt. Andere gut erschlossene Gebiete werden für autofreies Wohnen geprüft.
3. Die Stadt übernimmt eine aktive Rolle in der Wohnbaupolitik. Der Wohnbaufond betreibt gemäss seinem Reglement eine Politik, welche das soziale und bezahlbare Wohnen fördert. Die Einflussnahme des Parlaments auf die strategische Ausrichtung des Fonds wird verstärkt. Grundstücke bzw. Liegenschaften des Fonds werden grundsätzlich nicht veräussert. Städtische Liegenschaften werden nur im Baurecht, vorzugsweise an Genossenschaften abgegeben.
4. Das GB fordert in Anlehnung an das Zürcher Modell ein Notwohnungskonzept, das die städtische Liegenschaftsverwaltung in enger Zusammenarbeit mit Jugendamt, Sozialdiensten, Altersamt und allenfalls privaten Liegenschaftsverwaltungen bzw. mit der Uni (Bern als wichtiger Studienplatz) etc. ausarbeitet und bewirtschaftet.
5. Die widerrechtliche Umnutzung von Wohnungen für Büros und gewerbliche Nutzungen muss gestoppt werden. Aufgrund des laufenden Pilotprojekts sollen konkrete Massnahmen ergriffen werden.

## Kulturpolitik:

### **Horizonte erweitern – Neues schaffen**

Bern als Haupt- und Zentrumsstadt verfügt über ein vielfältiges kulturelles Potenzial. Dieses soll gepflegt und gestärkt werden. Kultur ist mehr als nur ein Wirtschaftsfaktor. Aber Kultur ist vor allem Auseinandersetzung und Wandel, Ausdruck von Kritikfähigkeit und Offenheit. Das Grüne Bündnis setzt sich für kulturelle Vielfalt und Innovation ein, die über die Berner- und Schweizergrenzen hinausgeht.

Einige neue Kultur-Bijoux wurden in den letzten Jahren realisiert: die Hochschule der Künste, die Museumsnacht oder die Stadtgalerie. Erfolgreich gekämpft hat das GB gegen den Abbau beim Kino Kunstmuseum. Eine alte GB-Forderung für eine zentrale Billetvorverkaufsstelle ist realisiert. Aktiv setzt sich das GB für kultur-politische Experimente und alternative Freiräume wie die Reitschule ein. Die Kulturstadt Bern ist mehr als das neue Paul-Klee-Zentrum im Schöngrün, wo sich bereits all jene drängeln, die im Juni 2005 das goldene Band durchschneiden wollen. Das Grüne Bündnis hat wiederholt kritische Fragen zu den finanziellen Folgen des neuen Klee-Zentrums gestellt (erwartetes Betriebsdefizit, härterer Verteilungskampf unter den restlichen Kulturinstitutionen). Wichtig ist für das GB, dass vor lauter Klee die Förderung der zeitgenössischen KünstlerInnen und die Gegenwartskunst nicht untergeht. Die Klees von morgen werden heute mit Förderbeiträgen unterstützt.

Neben dem Kultur-Schaffen ist für das GB auch die Kulturvermittlung und der breite Zugang zum kulturellen Leben wichtig. Die Kulturvermittlung muss aktiv gefördert werden. Kultur darf kein Luxus für einige Wenige sein. Darum hat das GB die Einführung einer Kulturlegi für Kulturinteressierte mit kleinem Budget initiiert. Aktiv unterstützt das GB die Abteilung Gegenwart im Kunstmuseum.

Rund 100 Franken werden in Bern jährlich für Kulturschaffen und Veranstaltungen umgesetzt. Rund 80% stammen von der öffentlichen Hand. Der Anteil der Stadt beträgt mit 32 Millionen rund 40 Prozent. Von den städtischen Kulturausgaben wird ein Zehntel für die direkte Unterstützung von Projekten und für Förderbeiträge des zeitgenössischen Kulturschaffens verwendet. Den Rest beanspruchen die Institutionen mit den Schwergewichten Theater und Tanz (rund die Hälfte), Musik (rund ein Viertel) und bildende Kunst (rund ein Achtel). Mit 22 Kulturinstitutionen hat die Stadt Leistungsverträge für die Jahre 2004-2007 abgeschlossen: vom Symphonieorchester von zu Be Jazz, vom Kornhausforum bis zur Reitschule und den Tanztagen. Eine breite Palette von klassischer bis experimenteller Kultur, für jeden Kulturgeschmack etwas.

Frühzeitig müssen die Grundlagen für die neuen Leistungsverträge ab 2008 geschaffen werden. Die Zentrumslasten der Kernstädte werden neu erhoben. Im Rahmen des neuen Kantonalen Kulturförderungsgesetzes müssen die kulturellen Zentrumslasten der Stadt gerechter abgegolten werden.

#### **Unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:**

1. Erhalt und Stärkung des vielfältigen Kulturangebots.
2. Die neue Abteilung Gegenwartskunst des Kunstmuseums wird realisiert.
3. Bern hat wieder eine periodisch erscheinende, umfassende Kulturagenda.
4. Die Stadt unterstützt aktiv spartenübergreifende, aber auch sonstige Kooperationen von Kulturschaffenden und Institutionen.
5. Die Reitschule bleibt ein Ort für kulturpolitische Experimente und basisverwaltete Zusammenarbeit.
6. Bei den städtischen Kulturfinanzen wird der Anteil des zeitgenössischen Kulturschaffens von heute 10 % auf mindestens 15% erhöht werden.
7. Die Stadt setzt sich im Rahmen des neuen kantonalen Kulturförderungsgesetzes und beim Hauptstadtdesetz für eine bessere Abgeltung der Kulturleistungen ein. Im Rahmen des kantonalen Kulturförderungsgesetzes soll eine Aufgabenentflechtung zwischen Kanton, Region und Stadt geprüft werden.
8. Die Finanzierung des Betriebs des neuen Paul-Klee-Zentrums darf nicht auf Kosten anderer Kulturinstitutionen gehen. Das erwartete Betriebsdefizit ist vorgängig mit geeigneten Massnahmen zu verhindern. Es braucht eine optimale Zusammenarbeit mit den anderen Kulturinstitutionen, insbesondere mit dem Kunstmuseum.

## Bildungspolitik: **In die Zukunft investieren**

Bern hat eine grosse Dichte an Bildungs- und Ausbildungsstätten: von der Gewerbeschule zur Universität, von der LehrerInnenausbildung zur Hochschule der Künste. Es gibt Fachhochschulen für angehende Berufsleute, aber auch Tagesschulen für die Schulkinder. Obwohl für die Volksschulgesetzgebung der Kanton zuständig ist, hat die Stadt Einfluss auf Schulfragen, sowohl bei der Anwendung der Schulmodelle, der Schaffung von schulergänzenden Strukturen wie Tagesschulen bis zu integrationsfördernden Angeboten.

Bildung ist eine zentrale Ressource für die Teilnahme an der Gesellschaft. Die Chancengleichheit bei der Bildung ist heute aber nicht gewährleistet. Spätestens mit der PISA-Studie wurde offensichtlich, welche Lücken und sozialen Diskriminierungen heute noch in unserem Schulsystem stecken. Diese Resultate machen auch nicht vor den Berner Schulstuben Halt. Es braucht die Einführung einer Basisstufe, schulergänzende Angebote wie Tagesschulen und unterstützende Angebote für Kinder mit Bildungsdefiziten oder fremdsprachige Kinder. Investitionen in die (Schul-)Bildung lohnen sich für alle.

Beharrlich fordert das GB auf Kantons- und Stadtebene mehr Ressourcen für Integrationsmassnahmen und tritt gegen die kurzsichtige Sparpolitik im Bildungsbereich an. Das Grüne Bündnis hat sich aktiv für die städtische Mitfinanzierung der Ecole de langue française eingesetzt. Die umstrittene Schulkreisreform konnte zusammen mit BildungsgewerkschafterInnen verhindert werden. Die Stadt Bern hat jährlich neue Tagesschulen eröffnet. An den Schulen wird neu Schulsozialarbeit angeboten.

### **Unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:**

1. Die freie Wahl der Schulmodelle; insbesondere soll die Durchlässigkeit gegen oben gewährleistet sein. Soziale und geschlechtsspezifische Selektion muss mit geeigneten Massnahmen verhindert werden.
2. Das heilpädagogische Angebot bleibt erhalten. Es soll keine Nivellierung nach unten auf die kantonalen Durchschnittszahlen geben, sondern das Angebot muss sich nach der Notwendigkeit richten.
3. Fremdsprachige Kinder erhalten unterstützende Angebote zum Spracherwerb.
4. Der Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung soll als bildungspolitische Chance genutzt werden. Es braucht genügend Angebote für Schulsozialarbeit, Tagesschulen und Aufgabenhilfe.
5. Die Stadt Bern beteiligt sich am Pilotprojekt Basisstufe mit dem Ziel, diese flächendeckend einzuführen. Den unterrichtenden Lehrpersonen werden für gleiche Arbeit gleiche Löhne bezahlt.
6. Die Stadtverwaltung bietet eigene Ausbildungsplätze (Lehrstellen, Praktikas etc. an) und motiviert entsprechend auch die Privatwirtschaft.
7. Förderung zukunftsweisender Berufsausbildungen ohne Geschlechterstereotypen und spezielle Projekte für junge Frauen („Moditag“, Berufskundeunterricht etc.)
8. Förderung des Lesens durch gezielte Programme (Beispiel Winterthur und Zürich) an den Schulen und der Pflege der unterschiedlichen Bibliotheken.
9. Gezielte Investitionen in die Schulinfrastruktur (Schulhäuser). Schulgebäude haben Vorbildfunktion für ökologische Bauen.
10. Schulareale sind soziale Lebensräume und öffnen sich für die Quartierbevölkerung.
11. Schulwegsicherung hat hohe Priorität.
12. Der Schulsport und der Breitensport für alle Sport-Bedürfnisse werden mit den notwendigen Sportanlagen gefördert. Neben mehr Fussballplätzen (auch für neu zu gründende Mädchen-teams) braucht es gezielt auch Anlagen für Sportarten mit hoher Frauenbeteiligung (zum Beispiel Turnhallen für Volleyball).
13. Im Rahmen der Lokalen Agenda LA 21 werden auch schulische Projekte gefördert.

## Freiheit und Gleichheit

### Grundrechte wahren und Integration fördern

Das Recht, anders zu leben als die grosse Mehrheit, ist ebenso ein Grundrecht wie das Recht auf freie Meinungsäusserung, das Recht auf Obdach, auf Gleichstellung und Gleichbehandlung sowie das Recht, immer würdig behandelt und ernst genommen zu werden. Das Grüne Bündnis hat sich auch in den letzten vier Jahren für den Erhalt und den Ausbau der Grundrechte für alle, d.h. auch für MigrantInnen stark gemacht – nicht immer, aber doch immer öfter mit Erfolg:

Das neue und demokratische Einbürgerungsreglements konnte auch dank der intensiven Mitarbeit des GB eingeführt werden. Die Rechtssicherheit im Sozialbereich wurde wesentlich verbessert. Das vom GB verlangte Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen sowie für die Gleichstellung von homosexuellen und Konkubinatspaaren können realisiert werden, sobald der Kanton bzw. der Bund die gesetzlichen Voraussetzungen dazu geschaffen haben.

In vielen Bereichen müssen die Städte das Versagen der kantonalen und nationalen Politik auffangen, so unter anderem im Drogenbereich. Das Grüne Bündnis hat sich für den Ausbau der Anlaufstelle für Drogenabhängige und für eine neue, professionell betreute Notschlafstelle engagiert. Nachdem der Nationalrat sich im Juni 2004 um die Revision des Betäubungsmittelgesetzes gedrückt hat, wird sich das GB für einen liberaleren Umgang mit Cannabiskonsumierenden in der Stadt Bern einsetzen. Nebst der Entkriminalisierung braucht es zwingend bessere Präventionsmassnahmen, insbesondere für Jugendliche. Entsprechend müssen die finanziellen Ressourcen der Stadt eingesetzt (umgeleitet) werden.

Ein Kernpunkt der politischen Auseinandersetzungen um die Wahrung der Grundrechte ist die Wegweisungspraxis. Sie verstösst nicht nur gegen die von der Bundesverfassung für alle garantierte Bewegungsfreiheit. Sie ist auch teuer und wirkungslos und muss deshalb gestoppt werden. Es macht keinen Sinn, der oft überlasteten Polizei immer mehr Aufgaben zuzuschauen, die in erster Linie gesellschaftspolitisch angegangen werden müssen. In dieses Thema gehört auch der Widerstand gegen die Bahnhofsordnung, welche den städtischen Teil des Berner Bahnhofs zu einem nicht mehr öffentlich nutzbaren Raum deklariert.

Vordringlich ist, dass die auf der sozialen Ebene bestehenden Lücken geschlossen werden – dies in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen und mit engagierten Gruppierungen der Gassenarbeit, die seit vielen Jahren äusserst wertvolle Arbeit leisten.

Das GB hält an seiner Forderung fest, dass Polizeiarbeit in der Stadt Bern transparenter werden muss. Wie der PUK-Bericht über die Affäre Wasserfallen gezeigt hat, besteht Handlungsbedarf. Eine beratend tätige Polizeifachkommission könnte hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Bei der anstehenden Beratung des revidierten Kundgebungsreglements wird sich das GB gegen Einschränkungen des Demonstrationsrechts wehren.

#### Unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:

1. Unverzügliche Einführung des Stimm- und Wahlrechts für AusländerInnen, sobald der Kanton diese Möglichkeit vorsieht.
2. Integration fördern und Integrationsprojekten von und für MigrantInnen unterstützen (z.B. Wisdonna, incluso, Deutsch für Fremdsprachige, Gemeinsam gegen Rassismus etc.)
3. Schutz für Migrantinnen und ihre Kinder in Situationen mit prekärem Aufenthalt
4. Verzicht auf die Anwendung des polizeilichen Wegweisungsartikels und weiterer Repressionsparagrafen im öffentlichen Raum. Mit dem Pilotprojekt PINTO (Prävention, Intervention und Toleranz) leistet die Stadt Bern aufsuchende Gassenarbeit. Ein professionelles Monitoring ist zwingend. Statt mehr Repression und Verdrängungen braucht es die Koexistenz und angepasste Aufenthaltsorte (z.B. „Alkistübli“).
5. Durchsetzen des Opportunitätsprinzips beim Cannabiskonsum und vermehrter Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen in der Präventionsarbeit.
6. Keine Überwachung des öffentlichen Raums durch Videokameras oder durch private Sicherheitsdienste.
7. Wahrung der Rechtsstaatlichkeit im Bereich der Sozialhilfe und Sozialdienstleistungen.
8. Stärkung der politischen Kontrolle der Stadtpolizei – statt einer kantonalen Einheitspolizei ohne Einflussmöglichkeiten der Stadt.
9. Keine Einschränkung des Demonstrationsrechts in der Bundeshauptstadt.
10. Stärkung der Ombudsstelle, insbesondere im Bereich Datenschutz.

## Finanz- und Agglomerationspolitik:

### **Stabile und soziale Finanzen sichern – regional zusammenarbeiten**

Das Grüne Bündnis war zusammen mit der langjährigen Finanzdirektorin Therese Frösch wesentlich dafür besorgt, dass die Stadt Bern in den vergangenen zwölf Jahren die Finanzen im Griff hatte. Dies geschah, ohne im Sozialbereich, der Bildung, der Kultur oder bei anderen wichtigen öffentlichen Aufgaben entscheidende, für die Bürgerinnen und Bürger spürbare Einschnitte bei den Leistungen zuzumuten oder zusätzliche Lasten aufzubürden. Von 1999 bis 2007 wird der Bilanzfehlbetrag mehr als halbiert. Das ist ein Erfolg.

Diese Politik muss fortgesetzt werden. Zentrumsleistungen und Leistungen als Bundeshauptstadt können jedoch nicht ohne Mithilfe von Bund, Kanton und Agglomerationsgemeinde finanziert werden. Wir werden alle Bestrebungen, welche den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt einengen, politisch bekämpfen: unsoziale Sparprogramme bei Bund und Kanton ebenso wie Steuergeschenke. Dass unsere Haltung in der Stadt Bern mehrheitsfähig ist, hat die Ohrfeige der Berner Stimmbevölkerung an das eidgenössische „Steuerbschiss-Paket“ im Mai gezeigt.

Bern ist als Wirtschaftsstandort attraktiv. Es wurden in den vergangenen Jahren viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist sicher erfreulich. Es sind vor allem die natürlichen Personen, welche mit ihren Steuerbeiträgen die finanzielle Basis für einen gesunden städtischen Haushalt und gute öffentliche Leistungen legen. Deshalb haben Massnahmen gegen Lärm, gegen ausufernden motorisierten Privatverkehr, welcher Familien und gute SteuerzahlerInnen aus der Stadt Bern treibt, und eine aktive Quartierspolitik viel mit gesunden Stadtfinanzen zu tun. Gerade in diesen Bereichen hat das Grüne Bündnis immer wieder entscheidend zur Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt Bern beigetragen.

Eine bessere Koordination von Aufgaben und Problemlösungen innerhalb der Agglomeration Bern hilft zudem, den Bürgerinnen bessere, ökologisch sinnvolle, politisch abgestützte und letztlich auch billigere Leistungen anbieten zu können. Handlungsbedarf besteht dort zum Beispiel noch bei der Siedlungs- und Verkehrsplanung, dem Angebot des öffentlichen Verkehrs oder im Kulturbereich. Das Grüne Bündnis hat die Debatte im Parlament über eine verstärkte Zusammenarbeit in der Region ins Rollen gebracht. Wir wollen diese Politik in der nächsten Legislatur anpacken und mit konkreten Beispielen den Sinn einer besseren Zusammenarbeit in der Region aufzeigen. Dem Verein Region Bern kommt hier eine tragende Rolle zu.

#### **Unsere Ziele für die nächsten vier Jahre:**

1. Die städtischen Steuereinnahmen bilden den Boden für die Finanzierung der Gemeindeleistungen. Auf Steuererhöhungen oder Defizite ist möglichst zu verzichten.
2. Ergänzt werden die Einnahmen durch die bessere Berücksichtigung der Zentrumslasten beim kantonalen Lastenausgleich und insbesondere in den Leistungsbereichen Bildung, Kultur, Soziales und Verkehrslasten.
3. Der Bund soll der Stadt Bern als Bundeshauptstadt einen Lastenausgleich gewähren, wie dies in anderen Ländern üblich ist.
4. Auf ein 11. Sparpaket ist zu verzichten. Hingegen ist kontinuierlich sparsam mit den öffentlichen Mitteln umzugehen.
5. Ein Zusammenarbeitsmodell innerhalb der Agglomeration, welches die Eigeninteressen der einzelnen Gemeinden eindämmt und trotzdem die demokratische Mitsprache bei der Koordination und Finanzierung der gemeinsamen Aufgaben sichert. Es braucht auch neue rechtliche Instrumente, vor allem aber einen Willen zur vermehrten Kooperation.
6. Die künftigen politischen Räume sollen sich nach den Lebensräumen orientieren. Gemeindegemeinschaften werden geprüft. Die Steuerbelastungen sollen innerhalb der Region Bern harmonisiert werden.
7. Bern braucht neue SteuerzahlerInnen und muss deshalb als Wohnstadt attraktiver werden. Ziel ist der Zuzug von 2000 zusätzlichen SteuerzahlerInnen während einer Legislatur. Dies soll auf der Grundlage einer nachhaltigen und ökologischen Wohnbaupolitik und aufgrund von Wohnumfeldverbesserungen geschehen (vgl. Kapitel Wohnen / Stadtentwicklung).
8. Zusammen mit den Agglomerationsgemeinden sind vermehrt Leistungspartnerschaften und neue Finanzierungsmodelle zu suchen. Dies betrifft zum Beispiel Bereiche wie die Kultur- und Sozialpolitik, Verkehrsfragen, die Raumordnung und Siedlungsplanung, die Wirtschaftspolitik und Standortförderung, die Bildung (Erwachsenenbildung, Musikschulen, Bibliotheken, Sport) und die Integrationspolitik.